

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 25. Februar 2011

Hartz-IV-Reform – Grüne stehen sich aus der Verantwortung

Nach langen und schwierigen Verhandlungen haben wir uns gemeinsam mit den Sozialdemokraten auf eine Reform des Arbeitslosengeldes II verständigt. Ein Konsens mit den Grünen konnte hingegen nicht erreicht werden. Ihre Verhandlungsführer waren auch dieses Mal vor allem eines: „dagegen“ und ließen noch in der letzten Verhandlungsrunde keinen Willen zum Kompromiss erkennen, indem sie weiterhin auf ihrer ursprünglichen Maximalforderung beharrten, den Regelsatz von 359 auf 420 € zu erhöhen. Eine solche Erhöhung würde die öffentlichen Haushalte mit rund fünf Mrd. € belasten.

Im Einzelnen haben wir uns dabei mit den Sozialdemokraten u.a. auf folgende Regelungen verständigt: Der Regelsatz soll rückwirkend zum 1. Januar 2011 um fünf Euro und zum 1. Januar 2012 nochmals um weitere drei Euro steigen – unabhängig von der dann erfolgenden Anpassung, die die Preisentwicklung erforderlich macht. Die Grundsicherung im Alter übernimmt der Bund bis 2014 zu 100 Prozent nach den im unechten Vermittlungsvorschlag vorgesehenen Stufen. Befristet für drei Jahre wird das Bildungspaket für bedürftige Kinder nochmals aufgestockt. Im Zeitraum 2011 – 2013 erhalten die Kommunen zusätzlich jährlich 400 Mio. € für Schulsozialarbeit und Mittagessen in den Horten.

Als Mitglied des Haushaltsausschusses habe ich allerdings große Bedenken, wie die erheblichen Mehrkosten bezahlt werden sollen.

Petitionskonferenz

In dieser Woche habe ich als Mitglied des Petitionsausschusses an der Petitionskonferenz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den Vorsitzenden / Sprechern der CDU– bzw. CSU-Landtagsfraktionen teilgenommen. Diese Konferenz hat bislang alle zwei Jahre stattgefunden, es wurde nun aber der Wunsch geäußert, den Austausch zwischen Bund und Ländern in dieser Angelegenheit jährlich stattfinden zu lassen.



Eröffnet hat die Konferenz der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Petitionen meiner Fraktion, Günter Baumann. Wir haben uns sehr gefreut, dass sich auch unser Parlamentspräsident, Prof. Dr. Norbert Lammert die Zeit genommen hat, auch an dieser Konferenz teilzunehmen.

Im Laufe der Konferenz hatten wir die Gelegenheit nicht nur die Kollegen aus den Ländern kennenzulernen, sondern auch über die Arbeit in den jeweiligen Petitionsausschüssen auszutauschen. Ich persönlich habe mich sehr gefreut, die Sprecherin des Arbeitskreises Petitionen der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, Editha Lorberg, zu treffen.

Aussetzung von Wehrpflicht und Zivildienst

Vor dem Hintergrund der veränderten sicherheits- und verteidigungspolitischen Lage wird die Bundeswehr neu ausgerichtet. Diese Neuausrichtung ist das Ergebnis eines umfassenden Reformprozesses, den wir im vergangenen Sommer begonnen haben. Mit dem in erster Lesung beratenen Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 wird im Zuge der Neuordnung die allgemeine Wehrpflicht künftig ausgesetzt werden. Die letzten Wehrpflichtigen aufgrund der Wehrpflicht wurden am 3. Januar 2011 einberufen. Seither ist die Ableistung des Wehrdienstes nur noch aufgrund einer freiwilligen Verpflichtung möglich. Zugleich wird der freiwillige zusätzliche Wehrdienst fortentwickelt.

Ebenfalls in erster Lesung debattierten wir in dieser Woche das Gesetz

zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes. Die Aussetzung der Wehrpflicht führt auch zur Aussetzung des Zivildienstes. Zur Minimierung der Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur soll ein Bundesfreiwilligendienst eingeführt werden, der – neben den Jugendfreiwilligendiensten – möglichst vielen Menschen die Möglichkeit eröffnet, ihr soziales Engagement einzubringen. Der Bundesfreiwilligendienst soll Männern und Frauen jeden Alters nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht offen stehen. Der Einsatz im Bundesfreiwilligendienst soll in der Regel zwölf, mindestens sechs und höchstens 24 Monate dauern.

Als Berichterstatter für den Etat von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, habe ich in den letzten

Tagen viele Gespräche zur Zukunft des Bundesamtes für Zivildienst und der Zivildienstschulen geführt. Bereits vor einiger Zeit habe ich gemeinsam mit dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Dr. Kreuter, die Zivildienstschule in Ritterhude besucht und habe mir ein Bild davon machen können, wie hervorragend diese Schule arbeitet. Diese Schule ist von allen 17 Schulen am besten ausgelastet.



Im Bundesamt für Zivildienst mit der Präsidentin Helga Roesgen

Unionsfraktion vertieft Beziehungen zur französischen Partnerpartei UMP

Im Rahmen eines zweitägigen Besuchs in Paris kamen in der vergangenen Woche der Geschäftsführer der Fraktionsvorstand und führende Vertreter der UMP zu gemeinsamen Konsultationen zusammen. Diese Gespräche und die Formulierung gemeinsamer Positionen bzw. Erklärungen zur Frage nach den Grenzen für das Internet, zur Gleichstellung von Mann und Frau, zur Heranführung der Westbalkanstaaten an die EU und zur Religionsfreiheit in der Welt sollen nach dem Willen beider Fraktionen den Beginn eines Prozesses zu einer verstärkten Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene

in Europa im Sinne des Lissabon Vertrages bilden. Um die rechtlichen Möglichkeiten, wie sie der Vertrag von Lissabon den nationalen Parlamenten eröffnet hat, auch nutzen zu können, müssen auf der Ebene der Fraktionen die Kontakte gestärkt und gemeinsame Positionen erarbeitet werden. Nur so können die nationalen Parlamente in Europa im europäischen Gesetzgebungsprozess ein stärkeres Gewicht erlangen.

Im Interesse der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas müssen sich nach beiderseitiger Auffassung die Mitgliedsländer über die damit

verbundenen Fragen enger als bislang abstimmen. Beide Seiten waren sich zudem einig, dass die uneingeschränkte Gewährung von Glaubensfreiheit auch innerhalb Europas von jedem Land garantiert werden muss, das der Europäischen Union beitreten will.

Mich interessieren die Beziehungen zur französischen UMP auch aus persönlichen Gründen—mein Vater ist Franzose.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range